

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Neuer chinesischer Botschafter in der Bundesrepublik

Am 24. März erteilte der Bundespräsident dem neuen chinesischen Botschafter Mei Zhaorong das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigten Botschafter der VR China in der Bundesrepublik. (Bulletin der Bundesregierung, 20.3.88) Der scheidende Botschafter Guo Fengmin, der sein Amt in Bonn drei Jahre lang wahrgenommen hat, gab Radio Beijing gegenüber ein Interview, in dem er seine Erlebnisse kurz zusammenfaßte: Die bilateralen Beziehungen seien optimal, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf kulturellem Gebiet. Zur Zeit studierten etwa 3.000 chinesische Studenten in der Bundesrepublik - die Zahl spreche für sich selbst. China erhoffe sich bundesrepublikanische Hilfe vor allem auf zwei Wegen, nämlich durch Technologietransfer (via Gemeinschaftsunternehmen) sowie durch verstärkte Ausbildung von chinesischem Personal in der Bundesrepublik.

In den bilateralen Handelsbeziehungen gebe es allerdings ein nicht unerhebliches Problem, nämlich das permanente Handelsdefizit der VR China. -we-

* (2)

Frankfurt und Guangzhou werden Partnerstädte

Am 11. April wurde in Frankfurt ein Städtepartnerschaftsvertrag zwischen Guangzhou und Frankfurt unterzeichnet, und zwar durch die beiden Oberbürgermeister. Vereinbart wurde eine Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Kultur, im Erziehungs- und Bauwesen sowie im Sport und Tourismus. Der Frankfurter Oberbürgermeister Wolfram Brück wird dem südchinesischen

Guangzhou im Mai 1988 einen Gegenbesuch abstaten (XNA, 13.4.88). Nach Duisburg (Wuhan) und Köln (Beijing) ist dies, sieht man einmal von den beiden Hansestädten Hamburg (Shanghai) und Bremen (Dalian) ab, die dritte deutsch-chinesische Städtepartnerschaft. Für Guangzhou ist es das vierte Partnerschaftsverhältnis mit einer europäischen Stadt - nach Lyon, Birmingham und Mailand. Was Frankfurt anbelangt, so hat es nach Tel Aviv und Kairo seine dritte Partnerschaft eingegangen.

Maßgebend beteiligt an der Anbahnung des Verhältnisses war der scheidende chinesische Botschafter in Bonn, Guo Fengmin.

Während die erste deutsche Stadt mit Chinabeziehungen, Duisburg, einen sozusagen "faustdicken" Grund hatte, mit Wuhan zu kooperieren - die wichtigsten Firmen, die das Stahlwerk in Wuhan errichteten, stammten aus Duisburg -, gibt es für Frankfurt keine solche Evidenz, es sei denn, daß man die Gemeinsamkeiten als Handels-, Banken-, Industrie- und Verkehrsknotenpunkte sowie Messestädte hervorhebt. Überlegt man freilich, welche andere chinesische Stadt für Frankfurt geeigneter gewesen wäre, so kommt man in Verlegenheit. Shanghai und Beijing sind schon "vergeben", vielleicht wäre hier noch an Tianjin zu denken. Am Ende "paßt" die Wahl dann doch - nach der Überlegung: Wenn schon Partnerstadt, dann Guangzhou!

Als gemeinsamen deutsch-chinesischen Anknüpfungspunkt wählte Oberbürgermeister Brück das frühere China-Institut der Frankfurter Universität, das von Richard Wilhelm gegründet worden war, allerdings 1945 durch einen Luftangriff fast vollständig vernichtet wurde. Frankfurt wolle an diese gute Tradition wieder anknüpfen. Noch eine Gemeinsamkeit hob Brück hervor: Guangzhou sei das "Tor zu Südchina und Chinas Tor zur Welt - ebenso wie Frankfurt als Tor zur Bundesrepublik und nach Europa in jeder Hinsicht die besten Voraussetzungen bietet". Inzwischen hätten sich bereits zwanzig chinesische Unternehmen und Organisationen in Frankfurt niedergelassen (FR, 13.4.88).

Vom 1. bis 9. Juni soll in Frankfurt eine China-Woche stattfinden, bei der alle Provinzen ihre Warenangebote präsentieren wollen.

Langfristig will Frankfurt als Luftfahrt-Drehkreuz mit Hamburg als dem Hafen-Drehkreuz in Wettbewerb treten. Zur Zeit entsteht das "China-Center", das größte seiner Art in Westeuropa, in der Main-Metropole. -we-

* (3)

China staunt über den Rückzug der UdSSR aus Afghanistan

Noch Ende 1987 war die chinesische Regierung - zumindest in ihrem Erklärungsverhalten - fest überzeugt, daß die Sowjetunion gar nicht daran denke, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Hier werde der Welt lediglich Sand in die Augen gestreut. (XNA, 7.12.87) Auch das Gerede des "Kabul-Regimes" von einer "nationalen Wiederversöhnung" sei allzu durchsichtig. Die Herstellung von ein paar zerstörten Dörfern und die Rückkehr von wenigen Tausend Flüchtlingen könne doch nicht an der Tatsache vorbeisehen lassen, daß afghanische Dörfer von der sowjetischen Luftwaffe nach wie vor dem Erdboden gleichgemacht würden und daß immer noch Millionen von Flüchtlingen auf pakistanischem Boden auf ihre Rückkehr warteten (RMRB, 28.7.87).

Selbst der am 8. Februar 1988 von Gorbatschow vorgelegte Truppenabzugsplan konnte Beijing nicht umstimmen; denn nach wie vor gebe es "zwei große Wenss" - eines von seiten der Sowjetunion und eines von seiten des "Kabul-Mariottenregimes". Das "Wenn" der Sowjetunion besage, daß der Truppenabzug nur unter der Bedingung stattfinde, daß Pakistan das Kabul-Regime anerkenne - ein Ziel, das Moskau bislang nicht einmal unter Einsatz militärischer Mittel habe erreichen können.

Das Kabul-"Wenn" liegt darin, daß sich die dortige Regierung auf ein Abkommen mit Pakistan nur dann einlassen wolle, falls die USA ausdrücklich erklärten, ihre Unterstützung für die afghanischen Widerstandskräfte einzustellen. Die amerikanischen Stinger-Raketen zielten ja nicht nur auf sowjetische Flugzeuge, sondern ganz eindeutig auch gegen die Herstellung eines Abkommens in Genf. Die tödlichen Waffen (amerikanische Stinger-Raketen und englische Blowpipes) würden in die Hände "gedungener Mörder" gelegt.

Vor allem dem Drängen Gorbatschows, der die "blutige Wunde" in Afghanistan schließen und der Sowjetunion den Rücken für eine weitere Verbesserung ihrer außenpolitischen Position freimachen wollte, war es zu verdanken, daß es am Ende dann doch zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens kam. Dies geschah am 14. April 1988 in Genf, wo zwischen Pakistan und Kabul sechs Monate lang indirekte Verhandlungen stattgefunden hatten.

An diesem Tag setzten im Palast der Nationen vier Parteien ihre Unterschrift unter ein Abkommen, das vier Dokumente umfaßt. Die Beteiligten waren der pakistanische Außenminister Zain Noorani, der afghanische Außenminister Abdul Wakil, US-Außenminister George Shultz und UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse. Die Zeremonie fand in Anwesenheit des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar statt.

Die ersten beiden Dokumente wurden von Pakistan und Afghanistan unterzeichnet. Es handelte sich hierbei um bilaterale Abkommen, deren erstes jede Einmischung und Intervention untersagt und deren zweites die Rückkehr der Flüchtlinge festlegt. Das dritte Dokument enthält eine Garantieerklärung der beiden Schirmherren, nämlich der USA und der Sowjetunion. Das vierte, in dem es um die diplomatischen Beziehungen zwischen den an der Unterzeichnung beteiligten Staaten geht, wurde von allen vier Seiten unterzeichnet.

Dem Abkommen zufolge verpflichtet sich die Sowjetunion, innerhalb von neun Monaten - beginnend mit dem 15. April 1988 - ihre auf 115.000 Mann geschätzten Truppen aus Afghanistan abzuziehen.

Damit endet ein Krieg, der im Dezember 1979 mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen begonnen, die UdSSR rd. 20 Mrd. US\$ gekostet und das Leben von etwa 10.000 sowjetischen Soldaten gefordert hat - gar nicht zu reden von rd. 1 Million toter Afghanen und 5 Millionen afghanischen Flüchtlingen sowie unzähliger niedergebrannter Dörfer.

Nicht nur aus chinesischer Sicht hat auch die Auseinandersetzung in Afghanistan erneut deutlich gemacht, daß es in der heutigen Welt selbst unter Einsatz modernster Waffen unmöglich ist, eine Volks-

kriegsguerilla zu besiegen. Was Vietnam für die USA, wurde Afghanistan für die Sowjetunion.

Trotz allen Rückzugswillens der Sowjetunion wäre das Abkommen aber nicht (oder zumindest nicht so schnell) zustande gekommen, hätte nicht Pakistan mitgespielt. Pakistan aber zeigte sich am Ende nur deshalb so willig, weil es von China mitbeeinflusst war. Am 22. Februar war der pakistanische Außenminister - derselbe, der nur wenige Wochen später das Abkommen von Genf unterzeichnete - nach China gekommen und hatte dort Gespräche geführt, bei denen er erneut zwei Punkte deutlich machte, nämlich daß das Kabul-Regime nie und nimmer anerkannt würde und daß nicht nur einige, sondern sämtliche sowjetische Truppen aus Afghanistan abgezogen werden müßten, wenn Islamabad sich je bereiterklären sollte, seine Unterschrift unter ein Abzugsdokument zu setzen (XNA, 22. und 23.2.88). Offensichtlich haben die Chinesen die Gelegenheit benutzt, auf ihren alten Verbündeten Pakistan einzureden und ihn zu bewegen, einem möglichen Abkommen kein Hindernis in den Weg zu legen, wenn immer dies möglich sei.

Eine Woche später war Zain Noorani bereits wieder in Genf und schlug dort, am 2. März, die Gründung einer provisorischen Regierung vor, die sich aus drei Partnern zusammensetzen sollte, nämlich den Vertretern der afghanischen Widerstandskräfte, den Repräsentanten der Flüchtlinge und Vertretern des Kabul-Regimes.

Als die Sowjetunion ihre Bereitschaft zu erkennen gab, mit dem Abzug ihrer sämtlichen Truppen aus Afghanistan ernstzumachen, gab Pakistan seine Vorstellungen von einer provisorischen Regierung auf.

Einen Tag nach Unterzeichnung des Genfer Abkommens erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 15. April, daß China nach wie vor daran festhalte, daß der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan den Schlüssel zur politischen Lösung der dortigen Frage liefere. China begrüße die Unterzeichnung des Genfer Abkommens, das nicht nur eine "positive Entwicklung" erkennen lasse, sondern zugleich auch einen bedeutenden Sieg des afghanischen Volkes in seinem heldenhaften Kampf gegen ausländische

Invasoren bedeute. Gleichzeitig würdigte der Sprecher die Beiträge der UNO und Pakistans für die politische Lösung. (XNA, 16.4.88) Die internationale Lage habe sich durch dieses Abkommen weiter entspannt, meinte Zhao Ziyang am 20. April (XNA, 21.4.88). Allerdings bleiben nach wie vor drei wichtige Probleme ungelöst:

Erstens hat sich die provisorische Regierung bis jetzt nicht konstituiert und wird sich wohl auch auf längere Sicht nicht bilden lassen. Am 12. April nämlich erklärte der islamische Sieben-Parteienbund der Mujahideen, er fühle sich durch das Abkommen nicht verpflichtet und werde weiterkämpfen, bis das Kabul-Regime endgültig besiegt sei.

Zweitens besteht, da hierzu keine näheren Regelungen getroffen wurden, weiterhin die Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Supermächte ihren jeweiligen Verbündeten Waffen liefern, so daß der Bürgerkrieg vermutlich noch lange fortgeht.

Drittens verlangen die Führer des afghanischen Widerstands von der Sowjetunion Zahlung von Kriegsentschädigung. Eine entsprechende Erklärung wurde am 19.3. von der Sieben-Parteien-Widerstandsallianz abgegeben. Die Widerstandskreise beziffern die durch das sowjetische Militär dem afghanischen Volk zugefügten Verluste auf 1 Million Tote und 5 Millionen Flüchtlinge, von denen 3 Millionen nach Pakistan geflohen sind. (XNA, 20.3.88) Ob Entschädigungen gewährt werden, ist eine offene Frage. Sicherlich werden die Chinesen nach wie vor Hilfsgüter senden, wie es seit Jahren der Fall ist. Bekanntgegeben werden freilich immer nur "unverdächtige" Beiträge, wie z.B. Ausrüstungen für eine Klinik einrichtung in Höhe von 40.000 US\$ im Mai 1986. (XNA, 8.5.86) Weit wichtiger aber waren die chinesischen Waffenlieferungen, ohne die sich der afghanische Widerstand über viele Jahre hindurch nicht hätte halten können. (Näheres dazu bereits C.a. Januar 1980, Ü 13, und ebenda Ü 12) Zahlreiche chinesische Spenden gingen auch an afghanische Flüchtlinge in Pakistan. -we-

*(4)

China und die PLO-Frage anlässlich der Ermordung Abu Jihads

Noch im Mai 1987 hatte eine PLO-Delegation unter Leitung Abu Jihads ("Vater des Krieges), der Nr.2 in der PLO-Führung, China besucht und war dort vom damaligen Außenminister Wu Xueqian feierlich begrüßt und von den meisten Spitzenpolitikern Chinas empfangen worden. (XNA, 7. und 9.5.87)

Die Ermordung Abu Jihads am 16. April 1988, die, wie man in China zu wissen glaubt, durch ein israelisches Sonderkommando durchgeführt wurde, rief in Beijing zahlreiche Proteste hervor und löste, wenn man all die Erklärungen und Kommentare liest, in China fast so etwas wie eine Staatstrauer aus. (XNA, 19., 20. und 21.4.88) In Shanghai veranstalteten Studenten am 22.4. eine Trauerkundgebung. (XNA, 22.4.88) Schon jetzt ist China sicher, daß der Mord den Aufstand der Palästinenser eher anspornt als zügelt. Dies sei nicht zuletzt anhand einer Demonstration von über 500.000 Menschen anlässlich des Begräbnisses Abu Jihads am 20. April 1988 in Damaskus deutlich geworden.

Die Israelis bezeichneten die PLO immer als "Terroristengruppe", doch nach dem israelischen Luftangriff auf die Zentrale der PLO in Tunis (Oktober 1985), dem Vorgehen gegen die Demonstranten in den Gebieten am Westufer des Jordans sowie im Gaza-Streifen so wie jetzt, nach dem Mord von Tunis, müsse es doch jedermann klar sein, wer die wirklichen "Terroristen" seien! (XNA, 19.4.88)

Chinas Standpunkt zur Palästinenser-Frage liegt seit langem fest. Man könnte ihn kurz folgendermaßen skizzieren:

- (1) Die Palästinenser-Frage ist das Herzstück des Nahost-Problems (RMRB, 27.8.82), und es wird in Nahost so lange weder Frieden noch Stabilität geben, als die "legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht wieder hergestellt sind" (so z.B. Zhao Ziyang in einem Brief an Yasir Arafat vom Januar 1988) (XNA, 27.1.88).
- (2) Die palästinensische Frage darf nicht auf ein Flüchtlingsproblem reduziert werden, wie es in einigen UNO-Resolutionen

geschehen ist, vielmehr geht es hier um die nationale Selbstbestimmung eines Volkes.

- (3) Der kürzeste Weg zur Lösung führt über eine Nahost-Friedenskonferenz, an der die fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats (also auch China) und u.a. auch die PLO als der "einzige legitime Vertreter des palästinensischen Volkes" vertreten ist - und zwar gleichberechtigt. (ebenda)

Die Friedensbemühungen der USA gingen an diesen Vorstellungen vorbei. Daher seien auch die drei Stippvisiten des US-Staatssekretärs Shultz vom 25. bis 29. Februar 1988 nach Israel, Jordanien, Syrien und Ägypten von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Shultz habe erneut - ganz im Sinne Israels - die PLO nicht als Ansprechpartner anerkannt und er habe ein weiteres Mal die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung ignoriert. Der amerikanische US-Plan habe statt dessen zwei Ansatzpunkte vorgesehen, die bei keinem der unmittelbar berührten Staaten voll Anklang fänden. Einerseits ziele er auf eine Interimslösung für 1,5 Millionen Palästinenser, die auf dem von Israel besetzten Jordan-Ufer und im Gaza-Streifen leben. Diese Bevölkerung solle eine Garantie für eine beschränkte Autonomie erhalten. Zweitens sollten direkte Gespräche zwischen Arabern und Israelis über die endgültige Lösung der Territorialfragen aufgenommen werden - nach dem Schema "Land gegen Frieden", d.h. Israel solle einen Teil der von ihm besetzten arabischen Territorien zurückgeben und dafür im Gegenzug Frieden erhalten. Dieser Doppelvorschlag hatte einen Haken: Der erste Teil nämlich wird von den arabischen Staaten vor allem von der PLO abgelehnt, der zweite dagegen von Israel. Dies sei übrigens nicht neu. Schon bei den Reisen des US-Außenministers im Mai 1985 war dies nicht anders gewesen - warum sollte sich jetzt etwas Entscheidendes geändert haben!? (Zum damaligen Standpunkt vgl. RMRB, 16.5.85) Die USA freilich wollten sich mit diesen einfachen Einsichten nicht abfinden. Möglicherweise liege die Erklärung für ihr merkwürdiges Verhalten darin, daß im Wahljahr 1988 das Drängen mächtiger jüdischer Lobbyisten in den USA von der Regierung einfach nicht in den Wind geschlagen werden dürfe. (XNA, 11. u. 17.3. 1988) Inzwischen seien die USA so

weit gegangen, auch noch das Beobachterbüro der PLO in der UNO zum schließen, nachdem die PLO vom US-Kongreß im Dezember 1987 erneut als "terroristische" Organisation eingestuft worden war. (XNA, 18.3.88) Dies sei eine äußerst unkluge Entscheidung, die sich die amerikanische Regierung doch bitte noch einmal überlegen möge. (RMRB, 19.3.88)

Dabei sei doch alles so einfach: Der beste Weg, um das Palästinenser-Problem gerecht und vernünftig zu lösen, seien friedliche Verhandlungen. Für China sei dies eine alte Einsicht, die erneut erarbeitet - und bestätigt - wurde bei einem UNO-Seminar, das im April 1985 in Beijing zur Palästina-Frage veranstaltet worden war - es war dies das erste Seminar auf dem Territorium eines der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. (XNA, 23.4.85) Schon vorher - und seit diesem Seminar erst recht - gehören Unterstützungserklärungen für die Sache der PLO zur mindestens halbjährigen Pflichtübung der chinesischen Regierung, die nicht zuletzt wegen dieser Permanenz und Zuverlässigkeit als "wahrer Freund der PLO" (Arafat) gilt. (XNA, 2.5.85)

China arbeitet auf die Herstellung möglichst einheitlicher Fronten hin, und zwar auf zwei Ebenen: Es drängt erstens die verschiedenen Palästinensergruppierungen, wie die FATAH, die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), die Volksfront für die Befreiung Chinas (PFLP) und weitere fünf Gruppierungen, in Zukunft doch nicht mehr getrennte Wege zu gehen, sondern sich im Kampf zu vereinen - ein Rat, der bei der 18. Tagung des Palästinensischen Nationalrats (April 1987) offensichtlich auf fruchtbaren Boden fiel. Zumindest beim oben erwähnten Besuch Abu Jihads in Beijing erhielten die Chinesen diesen Eindruck - und applaudierten nach Kräften. Der Dialog zwischen den fünf Gruppierungen der PLO hatte bereits Mitte 1984 begonnen (Kommentar dazu BRU, 1984, Nr.29, S.12 f.)

Ähnlich drängte China auch auf Einigung zwischen den drei großen Milizorganisationen im Libanon, nämlich der schiitischen "Amal-Bewegung", des Nabin Berri, der "Sozialistischen Fortschrittspartei" des Drusenführers Walid Joublatt und der "Kräfte des Libanon" des Elie Hobeika. Auch hier konnte

China bereits im Dezember 1985 eine Vollzugsmeldung erhalten, die freilich, wie sich später herausstellte, nicht ernst zu nehmen war, da die Konflikte zwischen den Streitparteien weitergingen und im Mai 1988 auf einen neuen Höhepunkt zusteueren.

Ständige Aufrufe Chinas gelten aber nicht nur der Einheit der Guerilla, sondern, zweitens, auch der arabischen Einheit insgesamt (vgl. z.B. den Aufruf Deng Xiaopings vom 11. Mai 1985 in XNA, 11.5.85). Jede arabische Gipfelkonferenz wird begrüßt, denn "Einheit ist Stärke, Einheit wird zum Sieg führen, während Spaltung sowohl der palästinensischen als auch der ganzen arabischen Sache schadet". Vor allem aber müsse das palästinensische Volk "gemeinsam durch dick und dünn gehen und gegen die Feinde kämpfen". "Einheit, Einheit, Einheit" - dies ist der chinesische Rat in Richtung Nahost - ob es nun um die Aussöhnung innerhalb der PLO oder um die Zusammenarbeit zwischen Jordanien und der PLO, Syrien und der PLO (zur Wiederannäherung beider Seiten vgl. XNA, 12.7.84), Ägypten und der PLO (XNA, 22.12.83) oder Libanon und der PLO geht (z.B. anlässlich der Tripolis-Frage Ende 1983).

Auch regelmäßige Besuche Arafats in Beijing gehören mit zum außenpolitischen Ritual. Bei seiner Visite im Mai 1984 wurde der PLO-Gast sogar mit Salutschüssen empfangen (XNA, 6. und 7.5.84). Damals erhielt Arafat auch chinesische Zusicherungen verstärkter Waffenlieferungen (FT, 8.5.84), bevor er nach Nordkorea weiterreiste, um dort ähnliche Wünsche nach Unterstützung und Waffen vorzubringen. Seit dem damaligen Besuch tritt die VR China für eine internationale Konferenz zwecks Lösung der Palästinenser-Frage ein (RMRB, 5.5.84).

Chinas Unterstützungserklärungen pflegten immer dann besonders prononciert zu sein, wenn die PLO wieder einmal einen Rückschlag erlitten hatte, wie z.B. bei der erzwungenen Evakuierung ihrer Streitkräfte aus Tripolis. In solchen Grenzsituationen scheute sich Beijing auch nicht, andere arabische Regierungen zu kritisieren und sie für die Schwierigkeiten der PLO verantwortlich zu machen, so z.B. im Dezember 1983 Syrien und Libyen, die sich beide in die PLO-Angelegenheiten eingemischt und

eine Gruppierung gegen die andere ausgespielt hätten (China Daily, 4.12.83). Syrien habe beispielsweise im Juni 1983 die PLO veranlaßt, ihre Truppen aus dem Beika-Tal zurückzuziehen. Als Arafat dieser Aufforderung folgte und seine Truppen in die "letzte PLO-Festung im Libanon", nämlich nach Tripolis versetzte, eilten syrische Truppen herbei und kreisten die Stadt ein. Am 8. November hätten Syrien und Libyen dann gemeinsam darauf hingewiesen, daß nur der Rückzug Arafats aus Tripolis verhindern könne, daß die Stadt zu einem Schlachtfeld werde.

Am 29. November 1983 veranstaltete die VR China einen "Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk" (XNA, 30.11.83), der den Palästinensern den Rücken stärken sollte. Die Tatsache, daß PLO-Kräfte in Tripolis nicht etwa von Israelis, sondern von ihren "arabischen Brüdern" angegriffen wurden, setzte nicht nur die Palästinenser selbst, sondern vor allem die Chinesen in Erstaunen (so XNA, 7.11.83). In dieser Stunde der Not müßte das Einheitsbewußtsein noch stärker wachsen (RMRB, 4.11. und 14.12.83). Einheit sei die einzige Garantie für die Existenz des aus 4 Millionen Menschen bestehenden palästinensischen Volkes, das in seiner 1964 gegründeten PLO eine einzigartige Führung gewonnen habe, die es zu unterstützen gelte. Rückschläge seien unvermeidbar, doch am Ende stehe der Sieg; denn "die revolutionäre Sache ist unbesiegbar". Daran können - aus der Sicht des Jahres 1988 - auch Zwischenfälle wie die Ermordung Abu Jihads nichts ändern. -we-

*(5)

China kauft irisches Öl

Am 29. April verhandelten der chinesische Außenwirtschaftsminister und sein iranischer Amtskollege über iranisch-chinesische Geschäftsbeziehungen, nicht zuletzt über den Kauf iranischen Öls durch China. Dabei waren sich beide Seiten darin einig, daß China mit der OPEC kooperieren wolle und daß es in der Zwischenzeit bereits mehrere Male seine Ölexporte auf OPEC-Bitte hin reduziert habe (IRNA in SWB, 25.4.88). Mehr noch: am 4. August 1987 hatten beide Länder ein Abkommen geschlossen, demzufolge China aus dem Iran 1 Mio. t Rohöl beziehen wolle, und zwar innerhalb eines

Jahres. Über den Preis wurde nichts bekannt. Obwohl China nach eigenem Bekunden eigentlich Rohöl-Selbstversorger ist, bezieht es also Öl von außen. Offensichtlich bekommt es die Lieferungen zu einem außerordentlich günstigen Preis - und möglicherweise sind die iranischen Öllieferungen nichts anderes als eine Gegenleistung für chinesische Waffenlieferungen! (Hongkong Xin Wan Bao in SWB, 10.8.87). China betont in diesem Zusammenhang, daß der Kauf iranischen Öls nichts an seiner neutralen Position im Golf-Krieg ändere. Es habe dem Irak Arbeitskräfte gestellt, die beim Bau von Straßen, Häusern, Fabriken und sogar bei der Herstellung von Rohöl-Pipelines behilflich seien. Warum dann nicht - als "Ausgleich" - irisches Öl kaufen? (Ebenda) -we-

*(6)

China liefert Raketen an Saudi-Arabien

Obwohl zwischen Beijing und Riad immer noch keine diplomatischen Beziehungen bestehen, haben sich beide Seiten doch seit einigen Jahren vertrauensvoll angenähert, vor allem seit China seine Sympathien für die konservativen Araber-Staaten entdeckt hat. Je konservativer die arabischen Partner, desto herzlicher die Beziehungen - man denke an Kuwait, Oman - und nun auch Saudi-Arabien.

Die saudi-arabische Seite hat inzwischen auch eingeräumt, daß China ihr Boden-Boden-Raketen mittlerer Reichweite geliefert hat. Es treffe allerdings nicht zu, daß diese Raketen nuklear einsatzfähig seien. Saudi-Arabien bestehe nach wie vor darauf, daß die gesamte Nahost-Region eine kernwaffenfreie Zone bleibe. (SPA, Riad, in MD Asien, 21.3.1988, S.2)

Nach den Iranern sind nun also die Saudis an der Reihe. Man muß zugeben, daß China es trefflich versteht, seine Waffen in Nahost unterzubringen und daß es sich hierbei schon fast auf den Spuren der Sowjetunion, der USA oder Frankreichs bewegt - auch wenn es mit deren Größenordnungen noch lange nicht schritthalten kann. Während über die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien bisher noch keine chinesische Stellungnahme bekannt geworden ist, hat Zhao Ziyang zuletzt am 28.9.1987 erneut erklärt, daß China an den Iran keine Waffen

und selbstverständlich auch keine Raketen verkauft habe. Allerdings fügte er einschränkend hinzu, daß der "internationale Waffenmarkt sehr kompliziert ist. Hat ein Land das Geld und ist es bereit, einen hohen Preis zu zahlen, dann wird es keine Schwierigkeiten haben, Wege zu finden, um an Waffen heranzukommen". Auf die Frage, ob auch die "Seidenraupen"-Raketen wenigstens indirekt an den Iran gelangt seien, antwortete Zhao: "Das kann ich nicht eindeutig sagen. China betreibt mit recht vielen Ländern einen Waffenhandel. Ich glaube nicht, daß die Raketen in Iran aus China stammen" ... "Dennoch haben wir die internationale Reaktion in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen und bemühen uns jetzt zu verhindern, daß die Waffen, die China laufend exportiert, durch andere Kanäle in den Iran oder Irak gelangen." (XNA, 28.9.1987) -we-

*(7)

Neuer chinesischer Außenminister

Die 1.Tagung des VII. NVK billigte am 12.April die von Ministerpräsident Li Peng vorgelegte Liste mit 44 neu nominierten Mitgliedern des Staatsrats. Der jetzige Staatsrat besteht aus dem Ministerpräsidenten, seinen drei Stellvertretern, neun Staatskommissaren, dem Generalsekretär des Staatsrats und 39 Ministern bzw. Kommissionsvorsitzenden, ferner dem Präsidenten der Chinesischen Volksbank und dem Präsidenten der Oberrechnungskammer.

Einer der frisch ernannten Ressortleiter ist der neue Außenminister Qian Qichen. Qian war bisher Vizeaußenminister und ist mit seinen 60 Jahren ein für chinesische Verhältnisse noch "junger" Politiker. Er hat in der Sowjetunion studiert und begann seine Karriere 1960 mit dem Posten eines 2.Sekretärs der chinesischen Botschaft in der UdSSR, den er bis 1962 wahrnahm. Anschließend war er Botschafter in Guinea sowie Guinea-Bissau und kam dann, 1977, zurück ins Außenministerium, wo er zum Direktor der Informationsabteilung avancierte. 1982 wurde er zum Vizeaußenminister ernannt und führte dann seit Februar 1983 die sino-sowjetischen Normalisierungsgespräche. Wo immer (der damalige Ministerpräsident) Zhao Ziyang hinreiste, stets war Qian in seinem Gefolge. Als echter Karrierediplomat ist er Stufe für Stufe aufge-

stiegen - und ähnelt darin seinem Vorgänger Wu Xueqian, der lediglich sieben Jahre älter ist und wahrscheinlich aus Gesundheitsgründen seinen Posten als Außenminister aufgeben mußte. (Zu den Angaben über Qian Qichen vgl. Wolfgang Bartke "Who's Who in the People's Republic of China", München, u.a. 1987, S.371.)

Qian ist der siebte Außenminister seit Gründung der VR China.

Zur Zeit seines Amtsantritts stellt sich die Weltlage aus seiner Sicht folgendermaßen dar: Die regionale Zusammenarbeit in aller Welt wächst; die sozialistischen Länder stehen mitten im Reformprozeß; die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen haben die Wahrscheinlichkeit von militärischen Zusammenstößen verringert; die Weltwirtschaft ist leider immer noch schlimmen Fluktuationen ausgesetzt - man denke an den Börsenkrach vom Oktober 1987. Als wichtige Aufgabe seines neuen Amtes betrachte er verstärkte Forschungsarbeit und bessere Ausbildung der Diplomaten (XNA, 19.4.88). -we-

Innenpolitik

*(8)

1. Tagung des VII. Nationalen Komitees der PKCV

Wie üblich fand parallel zur Tagung des NVK die entsprechende Tagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt. Die 2.081 Mitglieder des Nationalen Komitees des PKCV beschäftigten sich vom 25. März bis 10. April im wesentlichen mit den gleichen inhaltlichen Tagesordnungspunkten wie die NVK-Abgeordneten. Zum neuen Vorsitzenden der PKCV wurde der bisherige Staatspräsident Li Xiannian (79) gewählt. Unter den neugewählten stellvertretenden Vorsitzenden sind eine Reihe von früheren ZK-Mitgliedern, wie Wang Renzhong, Fang Yi, Gu Mu, Kang Keqing, Ma Wenrui, Wang Enmao, Qian Xuesen, Hu Sheng und Qian Zhengying. Unter den stellvertretenden PKCV-Vorsitzenden sind auch der ZK-Sekretär und Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung Yan Mingfu, ZK-Mitglied Yang Jingren und ZK-Mitglied Ismail Amat.

Diese zumeist altgedienten Kommunisten und weitere halbpensionierte Revolutionäre unter den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Nationalen Komitees der PKCV verkörpern die Führung der KPCh über die Politische Konsultativkonferenz, die offiziell als eine Organisation der "Einheitsfront" von Nichtkommunisten unter der Führung der KPCh charakterisiert wird. Unter den 2.081 Mitgliedern des Nationalen Komitees finden sich 832 KPCh-Mitglieder, d.h. 40%, und 1.249 Nichtkommunisten, d.h. 60%. -sch-

*(9)

1. Plenarsitzung des Staatsrats

Auf der 1. Plenarsitzung des neuen Staatsrats am 18.April 1988 wurden die Arbeitsregeln des Staatsrats und die Arbeitsbereiche der stellvertretenden Ministerpräsidenten und der Staatsratskommissare bekanntgegeben. Wie bisher werden die wichtigen Entscheidungen entweder auf den Kabinettsitzungen ("Plenarsitzung" des Staatsrats) oder auf den Sitzungen der Ständigen Konferenz des Staatsrats (bestehend aus dem Ministerpräsidenten und seinen Stellvertretern sowie aus den Staatsratskommissaren einschließlich des Generalsekretärs des Staatsrats) getroffen werden. Hauptverantwortlich für die Arbeit der Zentralregierung ist der Ministerpräsident. Aufgabe der stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsratskommissare ist es, dem Ministerpräsidenten auf bestimmten festgelegten Gebieten zuzuarbeiten, Entscheidungshilfen zu geben und gefallene Beschlüsse durchzuführen. (RMRB, 19.4.88)

Entsprechend der bekanntgegebenen Arbeitsteilung in der Ständigen Konferenz des Staatsrats, die offenbar regelmäßig zusammentritt, wird der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin für die laufenden Routinearbeiten und für den gesamten Makrobereich der Wirtschaft und Finanzen zuständig sein. Damit nimmt Yao Yilin de facto die Position des 1. stellvertretenden Ministerpräsidenten ein - eine Stellung, die bisher Wan Li innegehabt hatte. Hatte Zhao Ziyang während seiner Amtszeit als Ministerpräsident mit Wan Li einen reformfreudigen zweiten Mann an seiner Seite, so kann man dies von Yao Yilin beim besten Willen nicht behaupten. Der früher für die Preisreform verantwortliche Tian Jiyun ist nun zuständig für Landwirtschaft und